

Nachhaltigkeitspolitik, soziokultureller Wandel und Ökologische Gerechtigkeit

Problemaufriss zum UBA-WI-Fachgespräch (am 12.5.05):

„Wohlfahrt und Nachhaltigkeit als neues Thema der Nachhaltigkeitsforschung“

*(Dieses Papier wurde in der vorliegenden Form vorab an die Teilnehmer verschickt,
nachträglich wurde nur der Abschn. 3.4 ausgearbeitet)*

In dieser ‚thematischen Skizze‘ versuchen wir, den Zwischenstand eines Diskussionsprozesses festzuhalten, der einen zum Teil schon längeren Vorlauf hat. Dabei geht es uns vorrangig um (mögliche) neue Zukunftsperspektiven - denn die sowohl für die Sozialwissenschaften als auch für die (dominanten) Nachhaltigkeitsdiskurse neue Thematik der ‚Ökologischen Gerechtigkeit‘ könnte sich als sehr gut geeignet erweisen, wesentliche Punkte dieses ‚Vorlaufs‘ aufzugreifen und fortzuführen – und das mit deutlich vergrößerten Erfolgsaussichten als sie der Nachhaltigkeitskommunikation bisher beschieden waren.

Allerdings sind dafür u. E. auch die grundlegenden ‚Eckpunkte‘ (betreffs Vorgehensweisen, aber auch Selbstverständnisse) der bisherigen Formen von Umweltkommunikation einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Die uns dabei am wichtigsten erscheinenden Punkte sollen mit diesem Problemaufriss kurz angesprochen und zur Diskussion gestellt werden.²

1 (INSTITUTIONELLER) HINTERGRUND UND ANKNÜPFUNGSPUNKTE

Für die sozialwissenschaftliche Umweltforschung des UBA ist das Thema der Ökologischen Gerechtigkeit bislang vor allem im Kontext dreier Arbeitsfelder relevant geworden.

Den generellen Hintergrund dafür bildeten einerseits neu aufgekommene Fragen nach der sozialen Verteilung von Umweltbelastungen, andererseits Probleme mit einem drohenden (weiteren) Akzeptanzverlust von umweltpolitischen Maßnahmen und Instrumenten angesichts des immer massiver werdenden öffentlichen Rufs nach einer vor allem der Wachstumsförderung verpflichteten (Reform- und Innovations-)Politik.

¹ M. Wehrspau, C. Löwe und M. Eick sind Mitarbeiter des Umweltbundesamtes (UBA) in Dessau und arbeiten in den Bereichen sozialwissenschaftliche Umweltforschung, Förderung nachhaltiger Konsummuster und Lebensstile sowie zivilgesellschaftliche Begleitung und Förderung von Nachhaltigkeitsstrategien. Kontakt: michael.wehrspau@uba.de

J. Schlüns war im Herbst/Winter 2004 Praktikantin im Umweltbundesamt und hat dort mit den Vorbereitungen zu einer Dissertation im Themenbereich „Ökologische Gerechtigkeit“ begonnen.

² Der erste konkrete Anlass zu dieser Skizze war ein Vortrag von Wehrspau bei der Bundestagung der ANU im Dezember 2004 zum Thema „Die Rolle von Nachhaltigkeitsinitiativen bei der Verankerung einer Kultur der Nachhaltigkeit“. Dieser konkrete Hintergrund ist auch die Ursache für die sehr starke Betonung der zivilgesellschaftlichen Aspekte von Nachhaltigkeitspolitik im vorliegenden Text.

1.1 BMU/UBA-Umfragen zum "Umweltbewusstsein in Deutschland"

Im Kontext dieser - seit 1996 regelmäßig jedes zweite Jahr durchgeführten und in der Regel durch vertiefende sozialwissenschaftliche Analysen ergänzten - Repräsentativerhebungen wurde die Ökologische Gerechtigkeit erstmals im Jahre 2002 als neuer Schwerpunkt aufgenommen.³ Aber es zeigte sich, dass es in Deutschland im Hinblick auf Fragen nach der sozialen Verteilung von Umweltbelastungen keine einfachen Variablenzusammenhänge gibt.

Zwar: Ein beträchtlicher Bevölkerungsteil – je nach Art der Fragestellung zwischen 10 bis 20% - sieht sich selber in einer Situation der Benachteiligung, wobei die Belastung und Belästigung durch den Straßenverkehr (Lärm und Abgase) die wichtigste Quelle für Beeinträchtigungen darstellt.

Da aber das generelle Umweltbewusstsein erstens sehr stark vom Bildungsgrad und postmaterialistischen Einstellungen (die in besser situierten Bevölkerungsteilen stärker verbreitet sind) abhängt und zweitens von einer ausgeprägten Nah/Fern-Differenz (Wohlfühlen hier und heute, aber negative Einschätzung des globalen Umweltzustandes sowie negative Zukunftserwartungen) gekennzeichnet ist, gibt es gegenläufige Tendenzen in Umfragedaten: Reale Benachteiligungen müssen nicht zu einem verstärkten Umweltbewusstsein führen und umgekehrt hindert ein privilegiertes Wohnumfeld nicht an einem hohen Umweltbewusstsein und Umweltengagement⁴.

Daher wurde ein Vorhaben in den UFOPLAN 2005 aufgenommen, das der Weiterentwicklung dieser Fragestellungen dienen soll (auch im Hinblick auf die Erstellung des nächsten Armuts- und Reichtumsberichtes)⁵. Außerdem soll die Ökologische Gerechtigkeit auch wieder einen Schwerpunkt in der neuen "Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2006" bilden.

1.2 Verbesserung der Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation

Es steht mittlerweile außer Frage, dass ein neuer Schub der Umweltkommunikation dringend vonnöten ist, wenn nicht die Umweltpolitik insgesamt erhebliche Akzeptanzverluste riskieren will.

³ Vgl dazu die sozialwissenschaftlichen Studie zu dieser Umfrage: H. Grunenberg/U. Kuckartz: Umweltbewusstsein im Wandel, Opladen 2003, Kapitel 10

⁴ Vgl. zusammenfassend M. Wehrspaun/G. Penn-Bressel: „Ökologische Gerechtigkeit“ im Bereich Wohnen (Mai 2004) und M. Wehrspaun/H. Schreiber: „Ökologische Gerechtigkeit“ im Bereich Gesundheit und Krankheit (Juli 2004) Es handelt sich bei diesen Texten um Beiträge des BMU/UBA zum „2. Armuts- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung, welche in dessen Endfassung ("Lebenslagen in Deutschland", Berlin 2004) allerdings nur in sehr starker Kürzung aufgenommen wurden (dort S. 128f und 136f).

⁵ FKZ 205 17 103: „Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur Ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland auf der Grundlage von Experteninterviews und eines Fachgesprächs“. Das UBA/WI-Fachgespräch zum Thema „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit...“ dient als Vorbereitungsworkshop für dieses Vorhaben, in dem – vor Beginn der Hauptstudie – die relevante Forschungslandschaft ‚gesichtet‘ werden soll.

„In nächster Zukunft werden neue Instrumente - wie der Handel mit Emissionszertifikaten (...) - und neue Themen - wie die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr - verstärkte Kommunikationsanforderungen stellen. Denn neue umweltpolitische Instrumente und Maßnahmen werden Auswirkungen auf das Alltagsleben der Menschen haben, die – wegen der Komplexität der Probleme – in ihrer Wirkungsweise nicht immer unmittelbar einsichtig sind. Aller Erfahrung nach sind Menschen aber am ehesten dann zur Mitarbeit bereit, wenn sie den Sinn von Vorgehensweisen verstanden und akzeptiert haben.

Es muss somit gelingen, komplexe Umweltziele - wie den Klimaschutz oder die Wiedergewinnung urbaner Lebensqualität - so zu vermitteln, dass die damit verbundenen Chancen für die Zukunftsgestaltung deutlich werden. Ein neuer Schub der Umweltkommunikation kann vor allem damit erreicht werden, dass die innovationsfördernden Potenziale des Umweltschutzes stärker in den Vordergrund rücken. Dabei scheint es wichtig, immer im Auge zu behalten, dass das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung der Kompass bleibt, mit dessen Hilfe wir uns in Richtung eines verantwortbaren – nämlich die Untiefen umweltzerstörender Verhaltensweisen vermeidenden - Fortschritts bewegen können“.⁶

Dabei ergibt sich zunehmend die Herausforderung, auch die Tatsache neuer gesellschaftlicher und soziokultureller Gegebenheiten, wie den demographischen Wandel und die Folgen der aktuellen sozialpolitischen Reformen, in die Nachhaltigkeitskommunikation einzubeziehen.

Nun haben die (dominanten) ökologischen Diskurse schon länger erhebliche Schwierigkeiten, sich auf sozial- (und kultur-) wissenschaftliche Fragestellungen auf adäquate Weise einzulassen. Umgekehrt ist bis heute die Umwelt- und Nachhaltigkeitsthematik bestenfalls ein Rand- und Spezialgebiet in besagten Wissenschaftsfeldern geblieben. Umso wichtiger sind hier erneute Versuche von 'Brückenschlägen'⁷.

1.3 Themenfeld „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster“

Beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg ist die Förderung von mehr Nachhaltigkeit in Konsum und Produktion als eine der großen Herausforderungen unserer Zeit bestimmt und die Erarbeitung eines 10-Jahres-Rahmenprogramms zur Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster festgeschrieben worden. Mit dem sog. „Marrakesch-Prozess“ (seit 2003) soll die Ausgestaltung des Handlungsauftrags von Johannesburg auf internationaler Ebene vorangebracht werden, u. a. mittels der Einrichtung globaler Plattformen für den akteursübergreifenden Erfahrungsaustausch und das kooperative Handeln.

⁶ A. Troge: Neuer Schub für die Umweltkommunikation. In: Umweltbundesamt: Jahresbericht 2003, S. 8

⁷ Diesem Problem waren schon früher sozialwissenschaftliche Projekte des UBA gewidmet, vgl. v. a.: UBA (Hrsg.): Perspektiven für die Verankerung des Nachhaltigkeitsleitbildes in der Umweltkommunikation. Chancen, Barrieren und Potenziale der Sozialwissenschaften. Berlin 2001 (Berichte 4/01)

Hierzu bedarf es der Entwicklung eines gemeinsamen Orientierungsrahmens auf nationaler Ebene, der ebenfalls Entwicklungen auf europäischer und globaler Ebene mit berücksichtigt.

Voraussetzung hierfür ist die Etablierung eines akteurübergreifenden Verständigungsprozesses, der die Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in einen Gesamtprozess einbindet und einen geeigneten Bezugspunkt sowie Handlungskontext für die vielfältig in Deutschland vorhandenen Initiativen und Aktivitäten zur Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster darstellt.

Daher ist von BMU und UBA am 16./17.2.2004 eine (Auftakt-)Konferenz zum Thema „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster – nationaler Dialog zum Folgeprozess des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung“ durchgeführt worden - um damit

- die Grundlage für mehr Erfahrungsaustausch und Kooperation zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu schaffen;
- Perspektiven und Ansatzpunkte für eine mittel- bis langfristige Handlungsstrategie zur Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster mit allen gesellschaftlichen Akteuren zu entwickeln;
- nationale Handlungsschwerpunkte zu identifizieren;
- bestehende Ansätze und Instrumente des produktbezogenen Umweltschutzes sowie anderer integrierter Umweltpolitiken zu bündeln und auszubauen (einschließlich der Verbesserung von Synergieeffekten);
- das Thema „Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster“ bei allen gesellschaftlichen Gruppen und in der Öffentlichkeit durch Aufbau geeigneter Vermittlungs- und Unterstützungsstrukturen zu verankern;
- sowie die Koordination zwischen den gesellschaftlichen Akteuren zu verbessern und die Aktivitäten der Bundesregierung zum Themenfeld systematischer in den Gesamtprozess einzubeziehen.

Dabei stellt seit längerem - v. a. seit der Erstellung der UBA-Studie "Nachhaltiges Deutschland" (1997) - die Auseinandersetzung mit dem 'Suffizienzansatz' des Wuppertal-Instituts einen wichtigen Bezugspunkt für die einschlägige (sozialwissenschaftliche) Arbeit im UBA dar⁸.

Eher an einen 'Konsistenzansatz' angelehnt (der ein 'Produzieren nach dem Vorbild der Natur', z. B. im Rahmen eines 'Eco-Design' oder einer 'Integrierten Produktpolitik' vorsieht) wurden diesbezüglich vor allem Anknüpfungspunkte für eine verstärkte Nachfrageförderung im Rahmen bestehender Lebensstile gesucht. Zu diesem Zweck wurde u. a. eine Zielgruppenanalyse mit qualitativen Methoden durchgeführt, um damit eine Ausrichtung auf einen kulturwissen-

⁸ Vgl. UBA: Nachhaltiges Deutschland. Wege zu einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung. Berlin 1997, Kap. VI: Konsummuster für eine nachhaltige Entwicklung, S. 220ff; vgl. aber auch ebd.: Kap. VII.4: Ökologische Bewusstseinsbildung und nachhaltige Entwicklung, S. 309ff

schaftlichen Ansatz zu ermöglichen⁹.

Allerdings tun sich solche Ansätze immer noch sehr schwer in der Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation heute, obwohl in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands bereits ein (allerdings sehr kurzes) Kapitel "Kultur der Nachhaltigkeit entwickeln" enthalten ist.¹⁰

2 ZENTRALE GRÜNDE FÜR DIE (SELBST-)BLOCKADE DER UMWELTKOMMUNIKATION HEUTE

Auch wenn die heute immer wieder - vor allem in Teilen der populären Publizistik - aufgewärmte Behauptung, dass das Umweltbewusstsein in Deutschland insgesamt im Verfall begriffen sei, gemäß den bereits erwähnten UBA-Umfragen nicht zutrifft, dann ist doch nicht zu übersehen, dass die aktuelle Umweltkommunikation sich in einer grundlegenden Krisensituation befindet.

2.1 Aktuelle Ambivalenzen der Umweltkommunikation

Diese Krise äußert sich besonders deutlich in bestimmten Ambivalenzen, von denen die Umweltkommunikation heute (stärker denn je) bestimmt ist:

"Das Umweltbewusstsein ist von einer ausgeprägten Nah/Fern-Differenz gekennzeichnet: Hier und heute fühlen sich die meisten Menschen (noch) wohl und relativ wenig gefährdet, dagegen herrscht ein großer Pessimismus im Hinblick auf die Einschätzung der globalen Trends – dass hier Entwicklungen zu befürchten sind, welche in wenigen Jahrzehnten sich auch in den hochentwickeltesten Gesellschaften massiv bemerkbar machen werden, glauben große Mehrheiten der Befragten.

Offenbar gehört der Glaube daran, dass es gelingen könnte, hier rechtzeitig vorzusorgen, nicht zum heute in Deutschland verbreiteten Umweltbewusstsein. Zwar finden die Prinzipien der Nachhaltigen Entwicklung (ressourcenschonendes Wirtschaften sowie inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit) eine sehr hohe Zustimmung, aber das Vertrauen in die einschlägige Kompetenz und Handlungsbereitschaft der meisten gesellschaftlichen Institutionen ist sehr gering.

Es gibt ein deutliches Misstrauen und erhebliche Verständnisprobleme im Hinblick auf manche konkreten umweltpolitischen Maßnahmen - vorrangig die ökologische Steuerreform - ,

⁹ Vgl. UBA (Hrsg.): Nachhaltige Konsummuster. Ein neues umweltpolitisches Handlungsfeld als Herausforderung für die Umweltkommunikation. Mit einer Zielgruppenanalyse des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung. Berlin 2002. (Berichte 6/02). Dieser Band (in Kap. IV) enthält auch Hinweise auf die 'Vorgeschichte' des o. g. aktuellen Verständigungsprozesses in Deutschland, die im April 2000 zur Verabschiedung eines ersten einschlägigen Dokuments durch zahlreiche gesellschaftliche Akteure (darunter BDI, DGB, HDE, Umwelt- und Entwicklungsverbände, kirchliche Stellen u. a.) führte.

¹⁰ Die Bundesregierung: Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin 2002, S. 22f

was wiederum zu offenkundigen Widersprüchen bei manchen in der Bevölkerung verbreiteten Erwartungen führt: So gibt es beispielsweise ein verbreitetes Problembewusstsein in Bezug auf den stetigen Anstieg des motorisierten Individualverkehrs und eine hohe Akzeptanz von einschlägigen Eindämmungsmaßnahmen – was aber den Siegeszug der Automobilität nicht etwa bremst, denn offenbar glauben die meisten Menschen nicht an die Machbarkeit gleichwertiger Alternativen"¹¹.

Angesichts dieser Umstände ist daher im Öko-Diskurs der Ruf nach einer Intensivierung von (Sozial-) Marketing-Maßnahmen - für das Nachhaltigkeitsleitbild ganz generell und für nachhaltige Lebensstile im Besonderen - immer lauter geworden. Und in der Tat ist es schwer verstehbar, warum in einer so sehr von der (Massen-)Medienkommunikation bestimmten Kultur wie der unseren so wenig öffentliche Anstrengungen zur Popularisierung der Nachhaltigkeitskommunikation unternommen werden.

Allerdings: Die Überwindung der angesprochenen Ambivalenzen des Umweltbewusstseins - und damit der akuten Krise der Umweltkommunikation - kann keineswegs mit simpler Reklame oder mittels eines oberflächlichen Populismus erreicht werden - im Kontext komplexer Sachverhalte, wie sie die notwendige Ökologisierung der Industriegesellschaften nun einmal darstellt, kann auch (eine recht verstandene) 'Popularisierung' nur heißen: kulturelle Verankerung der Nachhaltigkeitsanliegen in den diversen gesellschaftlichen Institutionen und Diskursen.

Die erwähnten stark negativen Zukunftserwartungen in breiten Bevölkerungsschichten können nun offenkundig zu einem beträchtlichen Teil darauf zurückgeführt werden, dass eine solche Verankerung bislang noch kaum auch nur in Ansätzen existiert. So konnte die bei der Erstellung des "Fortschrittsbericht 2004" (im Auftrag des Nachhaltigkeitsrates) angefertigte "Momentaufnahme" zum Verhältnis "Nachhaltigkeit und Gesellschaft" wiederum nur diesen eklatanten Mangel konstatieren¹². Selbst die (dazu befragten) einschlägigen Experten taten dabei ihre (gemeinsam geteilte) Überzeugung kund, der gemäß bislang noch kein Grundverständnis selbst unter ihresgleichen vorhanden sei im Hinblick auf die Frage, was (die) 'Nachhaltigkeit' (eigentlich) zu bedeuten habe und wie sie zu erreichen sei...

Auch unter den einschlägigen Experten (und erst recht den relevanten Akteuren) herrscht somit ein breiter Konsens betreffs der Frage, dass kein (hinreichender) Konsens herrsche. Was wiederum auf die Problematik der mangelnden kulturellen Verankerung (= Verallgemeinerung) verweist, sowie auf die damit offenbar massiv verbundene kollektive Angst vor individuellen Benachteiligungen.

¹¹ M. Wehrspaun/ C. Wehrspaun: Nachhaltigkeitskommunikation als politisches Instrument: Alte Defizite und neue Potenziale. In: G. Michelsen/J. Godemann (Hrsg.): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. München 2005 (im Druck)

¹² Die Bundesregierung: Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Fortschrittsbericht 2004. Berlin 2004, S. 16ff

An dieser Stelle der Argumentation(sblockade) werden häufig die (moralischen) 'Werte' ins Spiel gebracht. Neuerdings ist sogar eine Art Rückbesinnung auf die Ethik als eines 'Grundpfeilers' der Nachhaltigkeit zu beobachten.¹³ Was zwar als Versuch, der Nachhaltigkeitskommunikation sozusagen erneut eine Art lebensweltliches Fundament sowie subjektive Motivations- und Resonanzbasis zu verschaffen, höchst positiv gewertet werden muss - wobei aber auch die Frage offen bleibt: Kann damit die notwendige Verankerung dieses Leitbildes wirklich bereits hinreichend geleistet werden? Das Hauptproblem besteht ja offenbar gar nicht darin, dass die Nachhaltigkeit als ethischer Anspruch keine hinreichende Akzeptanz finden würde (empirisch gilt das klare Gegenteil, s. o.), sondern es ist die ‚Querlage‘ dieses Leitbildes zu den dominanten soziokulturellen Trends heute, welche es den Menschen so schwer macht, an seine Realisierbarkeit zu glauben... Eben dieser Umstand wird durch das Verankerungs- und Verallgemeinerungsproblem sozusagen zur Oberfläche der Beobachtbarkeit gebracht. Und drückt sich im Quasi-Konsens darüber aus, dass ja doch kein einschlägiger Konsens herzustellen sein wird...

Allerdings: Wie könnte denn dieser Konsens tatsächlich aussehen? Diese Frage hängt natürlich davon ab, welches 'Bild' von Nachhaltigkeit - und sei es noch so implizit - unterstellt wird.

2.2 Verbreitete (Trug-)Bilder der Nachhaltigkeit: historische Wurzeln und praktische Konsequenzen

In der aktuellen Umweltkommunikation existieren offenkundig einige ‚Bilder der Nachhaltigkeit‘ (als eine Art von sinnstiftenden Metaphern) nebeneinander her, wobei einige zu verhängnisvollen Trugbildern zu verführen drohen.

Zwei (Haupt-)Varianten lassen sich davon unterscheiden:

- * Trugbilder der 'Gleichrangigkeit von Fortschrittsdimensionen und der instrumentellen Ausgewogenheit'

Aufbauend auf die sog. Säulentheorie oder die Vorstellung von Nachhaltigkeit als 'magisches Dreieck' werden hier entweder Ökologie, Ökonomie und Soziales als gleichberechtigte Entwicklungsdimensionen nebeneinander gestellt (dann ist auch von "sehr schwacher Nachhaltigkeit" die Rede) oder es wird unterstellt, dass eine Notwendigkeit des 'Ausbalancierens' zwischen Maßnahmen besteht, die in diesen Realitätsdimensionen durchgeführt werden ("schwache Nachhaltigkeit"). Unterschlagen wird dabei, dass die Ökologie sich auf Naturfunktionen bezieht, die keinesfalls prinzipiell als substituierbar angesehen werden können.

- * Trugbilder der 'Rückkehr zum natürlichen Gleichgewicht und der Katalogisierbarkeit von Verhaltensanforderungen'

Oft wird von Konzepten einer (je nach Dezidiertheit der Argumentation) "(sehr) starken Nachhaltigkeit" gesprochen, wenn versucht wird, im Namen der Ökologie - wie einst im vor-

¹³ Vgl. z. B.: V. Hauff: Werte für die Zukunft. www.nachhaltigkeitsrat.de/service/download/beitraege/2004/Rede_Hauff_11-11-04.pdf (Zugriff 3.5.05)

modernen Naturrecht - aus (angeblichen) Bedingungen oder Vorgaben der Natur direkt Verhaltensanforderungen an Menschen und Kulturen abzuleiten. Eine Abschwächung davon liegt vor in den häufig in der Umweltkommunikation propagierten ethischen Forderungskatalogen, welche den Menschen als Bedingungen eines reinen ökologischen Gewissens angeboten werden. Übersehen wird dabei, dass nicht die Gutwilligkeit der je einzelnen Individuen, sondern der Grad von kultureller Verallgemeinerung, also die reale Ausbreitung einschlägiger Maßstäbe, die realökologische Wirksamkeit von umweltschonenden Verhaltensweisen ausmacht.

Diese Trugbilder tragen dazu bei, dass zwar die ethischen Ziele der Nachhaltigkeit gemäß o. g. Repräsentativumfragen eine sehr starke Akzeptanz in der breiten Bevölkerung genießen, dass aber die 'institutionalisierte Nachhaltigkeitskommunikation' (= öffentliche Begleitung der Strategieentwicklung) sich immer noch in einem sehr engen soziokulturellen Rahmen bewegt.

Der historische Hintergrund für diese verhängnisvollen diskursiven (und ideologischen) Verengungen, welche in der Umweltkommunikation vor der Durchsetzung des Nachhaltigkeitsleitbildes noch sehr viel stärker verbreitet waren, kann in der ursprünglichen sozialen und kulturellen Herkunft der an Natur- und Umweltschutz besonders interessierten sozialen Kreise vermutet werden. In den USA wurde diese enge soziokulturelle Basis der bürgerlich-konservativen Naturschutztradition und des (gut-)bürgerlichen Reformismus im Kontext des Neuaufkommens der 'Environmental Justice-Bewegung' als einer 'alternativen' Umweltbewegung besonders deutlich.

"Das Thema der Ökologischen Gerechtigkeit wurde in den USA zum intensiv diskutierten Thema, als in den 1980er Jahren sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen in der Tradition der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung für ein gleiches Recht aller Menschen auf eine saubere und nicht gesundheitsgefährdende Umwelt eintraten. Mit diesen Protesten weiteten die Aktivisten - primär Menschen ethnischer Minderheiten und aus Niedrigeinkommenschichten - die traditionellen Verständnisweisen von Umwelt- und Gesundheitsschutz auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit aus. Als neue Maxime entstand die Forderung nach einem Recht auf eine gesunde Umwelt als Grundrecht für alle Menschen. Der Umweltschutz wurde so nicht mehr allein als eine Linderung der ökologischen Konsequenzen der gesellschaftlichen Ordnung gesehen, sondern als eine Bekämpfung der sozialen Ursachen dieser ökologischen Konsequenzen.¹⁴"

Allerdings wirkt die besagte 'Mittelstandslastigkeit' von Natur- und Umweltschutzorientierungen übrigens bis heute nach, auch in Deutschland, insofern immer noch "postmaterialistische Werthaltungen", die erst bei einer gewissen 'Sättigung' in materieller Hinsicht auftreten und insofern von einem 'Überdruß am Überflus' geprägt sind, auch heute noch eine gewisse Rolle spielen:

"Die Repräsentativumfrage zum „Umweltbewusstsein in Deutschland“ im Jahre 2004 identifizierte etwa 20 Prozent der Bevölkerung als überdurchschnittlich 'umweltengagiert'. (...) Diese Menschen neigen stark zu Werten wie Toleranz, Solidarität oder Kreativität, die oft als

¹⁴ Vgl. M. Wehrspau/J. Schlüs/H. Schreiber/J. Dürkop: 'Ökologische Gerechtigkeit' - Neue Perspektiven der Umweltethik? In: Umweltmedizinischer Informationsdienst (UMID). Heft 1/2005, S. 3-6 www.umweltbundesamt.de/umid/archiv/umid0105.pdf (Zugriff 3.5.05) sowie J. Schlüs: Die 'Environment Justice'-Bewegung als alternative Umweltbewegung in den USA. Magisterarbeit an der Freien Universität Berlin, 2004

charakteristisch für den Postmaterialismus angesehen werden. Im Hinblick auf den sozialen Status ist die besagte Bevölkerungsgruppe durch ihre Zugehörigkeit zur 'Neuen Mitte' gekennzeichnet, was vor allem einen vergleichsweise hohen Bildungsstand, ein eher gehobenes Einkommen und das Wohnen in den besseren Wohngebieten bedeutet"¹⁵.

Diese Kombination von bevorzugter (eigener) sozialer Lage und einer erhöhten Sensibilität im Hinblick auf Belange von Natur und Umwelt(schutz) kann zu einer Haltung verführen, welcher die Fragen von Ökologie und Nachhaltigkeit letztendlich auf Managementprobleme zu reduzieren tendiert, sie gewissermaßen inkrementalistisch 'herunterkocht' (was allerdings mit vielerlei Arten von Verbalradikalismus ganz gut verträglich sein kann - stärken diese doch wieder die Skepsis gegenüber der realen kulturellen Verallgemeinerbarkeit und wirken somit wie eine Art von 'Versicherung' gegenüber realen Herausforderungen).

Die Folge davon ist der heute in der Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation so verbreitete Instrumentalismus:

"Dabei kommt typischer Weise eine Art ‚Implementationslogik‘ zur Geltung: Zunächst werden Ziele, Instrumente und Indikatoren definiert. Daraus werden Forderungskataloge für Maßnahmen abgeleitet und in Gestalt von ‚Positionspapieren‘ oder wissenschaftlichen Studien an die Regierungsverantwortlichen weitergereicht - mit dem Verlangen, die vorgeschlagenen Maßnahmen nun doch bitte ‚umzusetzen‘. Da nun freilich die konkreten Maßnahmen meist unpopulär sind, die dahinter stehenden (Nachhaltigkeits- oder wenigstens Umwelt-)Ziele für die meisten Menschen (und Wähler) oft unverstanden (und womöglich sogar: unbekannt) geblieben sind, außerdem sich Menschen nie gern ‚instrumentalisieren‘ lassen, und sei es für noch so hehre Zwecke, gelingt eine solche simple Sozialtechnologie in der Praxis meistens nicht besonders gut. Das bietet dann den Anlass für die beliebte Klage über das umweltpolitische Vollzugsdefizit. Diese bestätigt dann wiederum die im Lande sowieso schon verbreitete ‚Man kann ja doch nichts machen‘-Mentalität"¹⁶:

Auf diese Weise werden aber gerade die eigentlichen Potenziale des Nachhaltigkeitsleitbildes gewissermaßen verschenkt. Denn dieses soll ja nicht die Ideale einer perfektionierten Zukunftsplanung - inkl. einer dazu passenden Sozialtechnologie - verbreiten, sondern es soll als Bezugspunkt dienen, an dem sich die gesellschaftlich-kooperative Suche nach zukunftsfähigen und nicht selbstzerstörenden Lebensformen und Wirtschaftsweisen ausrichten kann.

Und die Menschen erkennen immer deutlicher, wie krisenträchtig die herrschenden Trends heute tatsächlich sind.

"Eine stetig sich verschärfende soziokulturelle Polarisierung belastet zunehmend den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Und sie kennzeichnet derzeit immer deutlicher die Konsummuster: Einerseits das Design für die gehobenen Ansprüche, der Luxuskonsum im Rahmen der 'Eventkultur', in welcher das Einkaufen als Erlebnis inszeniert werden muss, um das gut betuchte Publikum zu gewinnen und zu halten; andererseits der Preiskampf der Billigdiscoun-

¹⁵ M. Wehrspaun: Gesunder Wohlstand. Vom Postmaterialismus zur zukunftsfähigen Lebensqualität. In: Politische Ökologie, Themenheft "Nachhaltiger Konsum", Juni 2005, S. 26-28 (im Druck)

¹⁶ M. Wehrspaun/C. Löwe/M. Eick: Neue Chancen für das bürgerschaftliche Engagement? In: Zukünfte, April 2004, S. 33-37

ter, die sich in ausufernden Rabattschlachten ergehen, ja ergehen müssen, wollen sie nicht, wie so viele vor ihnen, schlichtweg vom Markt verschwinden.¹⁷

Damit nun aber die Potenziale des Nachhaltigkeitsleitbildes für die Überwindung dieser 'kulturellen Sackgasse' wirklich deutlich gemacht werden können scheint uns zunächst eine grundlegende Dynamisierung des Nachhaltigkeitsverständnisses selber nötig.

2.3 Dynamische Sichtweisen der Nachhaltigkeit: Vorgaben für einen Such- und Lernprozess

Dynamische Nachhaltigkeits-Konzepte gibt es bereits in mehreren Varianten:

* Integrative Konzepte in der Wissenschaft

Ursprünglich vom WBGU (Wissenschaftlicher Beirat für Globale Umweltveränderungen) entwickelt, ist vom PIK (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) ein Ansatz ausgearbeitet worden, in dem "Leitplanken" der Nachhaltigkeit und "Syndrome" der Nicht-Nachhaltigkeit unterschieden werden. Danach wird vom Nachhaltigkeits-Leitbild ein "Entwicklungskorridor" vorgegeben, der von den Leitplanken eingegrenzt wird. Werden diese überschritten, der Korridor also verlassen, dann ergeben sich die Syndrome - z. B. "Favela" (= "Umweltdegradation durch unregelmäßige Urbanisierung"), "Aralsee" ("Umweltschädigung durch zielgerichtete Naturraumgestaltung im Rahmen von Großprojekten"), "Katanga" ("Umweltdegradation durch Abbau nicht-erneuerbarer Ressourcen") usw.¹⁸

Ein weiteres als 'integrativ' anzusehendes Konzept ist im Rahmen eines Verbundesprojektes der HGF (Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren) erstellt worden. In diesem werden unterschieden: "generelle Ziele" (z. B. "Sicherung der menschlichen Existenz"), daraus folgende "Mindestanforderungen" (auch "Was-Regeln" genannt, z.B. "Schutz der menschlichen Gesundheit"), weiterhin "instrumentelle Regeln" ("Wie-Regeln", z. B.: "Internalisierung der ökologischen und sozialen Folgekosten") und schließlich ein allen diesen Regeln zugeordnetes ausgiebiges "Indikatorensystem".¹⁹

Die Problematik dieser wissenschaftlichen Modelle liegt u. E. auf der Hand: Sie sind zu komplex und zu umfassend, um für den politischen Alltagsprozess wirklich relevant werden zu können. Außerdem lässt sich bezweifeln, ob die (Nicht-)Nachhaltigkeit tatsächlich auf diese Weise quasi 'gelistet' werden kann - diese Konzepte erscheinen somit gewissermaßen 'konzeptionell über-determiniert'...

* Die „Koordinaten“ in der deutschen nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Mit den vier Koordinaten der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland - nämlich „Generationengerechtigkeit“, „Lebensqualität“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Internationale Verantwortung“ - soll offenbar eine Art ‚Entwicklungsraum‘ eingegrenzt werden, in dessen Rahmen ressourcenschonendes Wirtschaften und technischer sowie kultureller Fortschritt, Globalisierung und Bewahrung eingelebter Gemeinschaften gleichzeitig – und möglichst konfliktarm – möglich sein sollen.

Das Problem ist hier allerdings: In der üblichen Öko-Diskussion werden diese Koordinaten

¹⁷ a.a.O.: Gesunder Wohlstand, vgl. Anm. 15

¹⁸ vgl. H.-J. Schellnhuber/F. Reusswig: Syndrome des Globalen Wandels, in: UBA (Hrsg.): Perspektiven... a.a.O., vgl. Anm. 7, S. 101-118

¹⁹ vgl. J. Kopfmüller et al.: Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet, Berlin 2001

nicht sonderlich beachtet (zumal sie im Rahmen der Strategie auch nicht systematisch dargestellt werden), meist stehen die ihnen zugeordneten Ziele und Indikatoren zur einschlägigen öffentlichen Diskussion an - mit dem Ergebnis, dass dadurch eine (noch weitere) Steigerung des ohnehin schon verbreiteten Instrumentalismus der herrschenden Umweltkommunikation (s.o.) um sich greift. Was wiederum die allermeisten Teile und Segmente der Gesellschaft ganz offenkundig davon abschreckt, sich überhaupt auf diese Diskussionen einzulassen.

* Bojen einer Fahrinne/Nachhaltigkeitsleitbild als Kompass

Eine Weiterentwicklung des o. g. Leitplankenkonzepts findet sich in den Studien des UBA zur Nachhaltigkeit: Dort wird der 'Entwicklungskorridor' (s. o.) als Fahrinne eines Schiffes beschrieben, welche von Bojen begrenzt wird. Ähnlich ausgerichtet ist das in vielen Publikationen des Nachhaltigkeitsrates, besonders dessen Vorsitzenden V. Hauff, verwendete 'Bild' der Nachhaltigkeit als eines Kompasses, anhand dessen die einzuschlagende Entwicklungsrichtung ersehen werden kann.

Vor allem in einer integrativen, d. h. beide Bilder kombinierenden Version kann das als ein wirklich dynamisches Modell angesehen werden, denn: Es macht deutlich, dass es bei der Nachhaltigkeit vor allem um die Sicherung der Zukunft des Fortschritts, also sozusagen um die Erhaltung von 'Evolutionsfähigkeit' geht.

Als grundlegende Implikationen lassen sich dabei festhalten:

Dieses Bild beinhaltet keine Festschreibung von Krisenkatalogen (= der zentrale Unterschied zum Leitplanken-Modell), es wird also nicht suggeriert, dass es nur eine endliche und als solche identifizierbare Menge von 'Bildern der Nicht-Nachhaltigkeit' geben müsse.

Weiterhin ist klar: Die Bojen müssen immer von uns Menschen selber gesetzt werden - und das ist und bleibt immer riskant...

Folglich ist das Nachhaltigkeitsleitbild selber also keineswegs irgendwie als ein ‚Ziel‘ zu verstehen, sondern es geht um eine allgemeine „Vision“ – die „Vision von Rio“, im Sinne des Aufbaus eines „Weltethos“ - und darauf zeigt der 'Kompass'²⁰.

Das ist die Grundlage einer jeden Ethik der Nachhaltigkeit (und nicht eine bestimmte Ordnung von 'an sich' guten 'Werten')... Denn der Kompass zeigt keineswegs auf einen bestimmten (oder auch nur jemals definitiv bestimmbar) 'Ort' (denn man dann, wie einen 'Standpunkt', irgendwie definitiv erreichen/einnehmen könnte), sondern er gibt eine (Bewegungs-)Richtung an/vor - welche sich überdies unvermeidlicher Weise mit der Bewegung des Beobachters selber weiterbewegt, und zwar im Rahmen evolutionärer Optimierungen/Fortschritte.

Zurecht wird daher oft betont (allerdings selten wirklich beachtet): Das Nachhaltigkeitsleitbild ist als eine Vorgabe für einen (nur kooperativ zu bewältigenden) Such- und Lernprozess zu verstehen.

Philosophischer Hintergrund ist das Konzept der regulativen Ideen bzw. des regulativen Vernunftgebrauchs in der Kritischen Philosophie von Kant – dabei geht es nicht um Erkenntnisse oder ('positives', d. h. empirisch abbildbares) Wissen, sondern um eine Art ethisches Postulat, das uns Menschen dazu verpflichtet, uns in unserem Handeln um 'Autonomie' (moralisch begründbare Selbstbestimmung) zu bemühen - womit wir der Realität (und Natur) etwas hinzufügen: „Es gibt nicht Gutes, außer man tut es“!

Aus diesen Implikationen ergeben sich einerseits praktische Konsequenz für die

²⁰ So hat beispielsweise auch der WBGU kürzlich in seinem Gutachten: Armutsbekämpfung durch Umweltpolitik, Berlin 2004, ausdrücklich daran erinnert, dass ohne eine solche 'visionäre' Projektion das Nachhaltigkeitsleitbild kaum eine ernsthafte motivationale Wirkung entfalten können.

Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation: Diese bedarf (neben dem Hinweis auf den 'Nutzen' von Nachhaltigkeitsorientierungen) vor allem der 'Sinnkommunikation',

"welche Probleme ins Bewusstsein hebt und an der Präferenzbildung von Konsumentinnen und Konsumenten ansetzt, um den (möglichen – und übrigens auch durchaus genussträchtigen) Symbolwert von Nachhaltigkeitsorientierungen deutlich zu machen"

ebenso wie einer bestimmten Art der Forschung, die als Ergänzung des umsetzungsorientierten (und damit letztlich technisch orientierten) Vorgehens zu verstehen ist und die als ‚Explorationsansatz‘ bezeichnet werden kann:

"Dabei geht es um das Aufsuchen von soziokulturellen Anknüpfungspunkten für alltagsweltliche Lebensstiländerungen in Richtung Nachhaltigkeit. Das muss einen intensiven Austausch über Sinn, Chancen und Grenzen von ethischen Motiven ebenso einschließen wie die sozialwissenschaftliche Eruiierung und Evaluierung von sogenannten ‚Motivallianzen‘. Mit letzteren ist der Umstand gemeint, dass es viele konkrete Motivlagen gibt, wie z.B. die Sorge um die eigene Gesundheit, die nicht per se auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, aber doch mit dieser als ethischer Orientierung verknüpft werden können – falls eine adäquate Aufklärungsarbeit betrieben wird.²¹"

Weiterhin kann die Orientierung an einem dynamischen Modell der Nachhaltigkeit ein systematischeres Verständnis der Koordinaten in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ermöglichen. Werden diese - nämlich „Generationengerechtigkeit“, „Lebensqualität“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Internationale Verantwortung“ - systematisch aufeinander bezogen, wird ersichtlich, dass hier von einer doppelten Modernisierungsdynamik ausgegangen werden muss:

A) Von den traditionellen Formen der "Generationengerechtigkeit" (d. h.: von den an Ressourcenschutz und Innovationsvermeidung ausgerichteten 'vormoderne' Produktions- und Konsummustern) zu den heute vom (technisch-medizinischen) Fortschritt bestimmten Formen von "Lebensqualität".

Dabei haben sich massive soziokulturelle Umbrüche vollzogen: von der Ahnenverehrung über Senioritätsprinzipien bis zum heutigen Jugendkult mit einem oft de facto-Ausschluss der Älteren einfach durch stete technische Modernisierungsschübe. Und das musste natürlich auch massive Konsequenzen haben für die Formen des "sozialen Zusammenhalts": Hier verlief der soziokulturelle Wandel von den traditionellen Formen (Nation, Sippe, Familienbande) zur heutigen globalen Kulturendynamik (inkl. dem de facto vorhandenen subkulturellem Pluralismus innerhalb aller modernen Industriegesellschaften) und einer mehr oder weniger (meist letzteres) entwickelten "internationalen Verantwortung".

Diese Prozesse werden in den Sozialwissenschaften seit Max Weber meistens als "Rationalisierungsprozess" beschrieben - da sie ein Aufbrechen von Traditionen, eine Entgrenzung von Handlungsräumen sowie Entfesselung von Möglichkeiten implizieren, mit dabei einhergehenden (meist massiven) Effizienzgewinnen bei Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, aber eben auch mit den neuen ökologischen (Selbst-) Zerstörungsmöglichkeiten (sowie militärischen und terroristischen Vernichtungspotenzialen).

B) Parallel dazu - und untrennbar damit verknüpft - verlief der so genannte "Prozess der Individualisierung", welcher ausgelöst, vorgebracht und dauernd

²¹ Vgl. a.a.O.: Neue Chancen für das bürgerschaftliche Engagement (Anm. 16)

in Gang gehalten wird durch die gleichzeitige Modernisierung der Lebenslagen (= neue Möglichkeiten durch wissenschaftlichen-technischen Fortschritte) und der Modernisierung der Lebensformen (als notwendige Anpassung an soziokulturellen Wandel und die von ihm hergestellte kulturelle Wirklichkeit: Staatsform bürgerliche Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht, Aufsprengen der rigiden Geschlechterrollen, hohe Optionalität der Lebensstile, Konsumentensouveränität usw.).

Hier wird das relevante Spannungs- (und Analyse-)Feld nicht durch die Differenz von Tradition und Fortschritt im Sinne historischer Entwicklungslinien bestimmt, sondern es geht um das Spannungsfeld, welche durch die Differenz 'Technik' (d. h. technische Modernisierung, Effizienzgewinne, Ökonomisierung) versus 'Kultur' (Lebensstile, Partnerschaftskonstellationen, Selbstdarstellungsstrategien, Selbst-Konzepte) konstituiert wird.

International ist die mittlerweile beträchtliche Spannung zwischen technischer Modernisierung und kultureller Anpassung daran bekanntlich von teilweise dramatischer Brisanz, besonders in den islamischen Ländern. Es wird aber auch für die Chancen der Ausbreitung und kulturellen Verankerung des Nachhaltigkeitsleitbildes zunehmend darauf ankommen, dass eine historische Dynamik beachtet wird, die nicht nur Vorteile hatte, sondern auch die Qual der Wahl, d.h. die Notwendigkeit des Umgangs mit Freiheit und Selbstverantwortlichkeit mit sich brachte. Und das gilt es zu berücksichtigen, wenn eine Verankerung und Popularisierung von Nachhaltigkeitsorientierungen angestrebt wird.

Nur haben leider bislang die Sozial- und Kulturwissenschaften das Thema der Nachhaltigkeit noch kaum entdeckt... Die 'Öko-Szene' meint dagegen, das diesbezügliche Rad der kulturellen Gegenwartsdeutung stetig neu erfinden zu sollen – resp. zu dürfen...

Und eben daher fällt die kulturelle Verankerung des Nachhaltigkeitsleitbildes so schwer. Wenn allerdings diese (Selbst-)Blockade der Nachhaltigkeitskommunikation nicht überwunden werden kann, wird es schwierig werden, mit den im politischen System immer deutlicher wahrnehmbaren Zukunftsproblemen fertig zu werden:

"Europa erlebt heute demografische Veränderungen, die in Ausmaß und Konsequenzen ohne Beispiel sind",

und daher sind massive Anstrengungen nötig, um diesen Herausforderungen ohne beträchtliche Lebensqualitätsverluste und/oder neuen Gefährdungen von menschlicher Gesundheit sowie Umwelt begegnen zu können.²²

²² Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Grünbuch "Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen", Bundesrat-Drucksache 213/05 vom 29.3.05

3 NACHHALTIGKEIT UND GERECHTIGKEIT: BASISIMPERATIVE IM SOZIOKULTURELLEN REFORMPROZESS

Während die (Umstellung auf) Nachhaltigkeit noch kaum als ein (soziokultureller) Reformprozess (an)gesehen wird, ist die Kategorie der Gerechtigkeit gerade stürmisch in den aktuellen Reformtrubel geraten. Was auch zeigt, dass letztere eine sehr starke, die Nachhaltigkeit dagegen offenbar noch kaum eine legitimierende und sinnstiftende (und so dann auch motivierende) Funktion hat.

3.1 Varianten und Dimensionen der neuen Gerechtigkeitsdiskussion

Nun - quasi als Einschub - ein kurzer Blickwechsel in das Zentrum heutiger Kulturdiskurse. Denn: soziale und kulturelle Umbrüche erzwingen neue Lösungen gerade auch für die sozialpolitischen Probleme - und so: Heute ist ein dreifacher Paradigmenwandel innerhalb der Gerechtigkeitsdiskussion am Laufen:

a) in den Sozialwissenschaften:

Die alten (und eindimensionalen) Modelle der sozialen Schichtung (= Ober-, Mittel- und Unterschicht gemäß möglichst 'objektiver' Kriterien von 'Lebenslagen' wie Einkommen/Vermögen, formaler Bildungsstatus und Berufsprestige) sind abgelöst worden von mehrdimensionalen 'Modellen sozialer Milieus' - wobei Wertorientierungen, Lebensformen und -stile sowie kulturelle Habitus ebenfalls wichtig werden für die jeweilige soziale Verortung, die folglich zunehmend auch so etwas wie Werte- und Lebensstil-Modernität zu erfassen versucht.

Die allgemeine Folge: Neben die traditionelle Grunddifferenz 'Gleichheit vs. Ungleichheit' tritt eine weitere, nämlich: 'Inklusion vs. Exklusion'. Dieser Wandel - oder besser: diese dimensionale Erweiterung von Differenzierungscodierungen wird bezeichnender Weise auch schon in der populären öffentlichen Diskussion vielfach mit vollzogen, wenn festgestellt wird: Das 'Dabei-Sein' ist entscheidend – oder man/frau ist außen vor, und damit chancenlos...

b) in der Philosophie/Ethik:

Hier ist auf breiter Front ein Abschied vom Egalitarismus zu beobachten - und damit natürlich auch von dem, was dieser zu legitimieren hatte: die klassisch-wohlfahrtsstaatliche (Um-)Verteilungspolitik.

Dahrendorf hat hier sogar die These aufgestellt, dass seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein "sozialdemokratisches Zeitalter" geherrscht habe, das staatlicherseits mittels Umverteilungspolitik (progressives Steuersystem) und Aufbau eines immer engmaschigeren sozialen Netzes den sozialen Frieden herstellte - jedenfalls in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dieses Zeitalter sei nun zu Ende²³. Und in der Tat sind stattdessen heute weithin dominant geworden:

Ein ethisch-ökonomischer Kontraktualismus (Rawls) bis hin zum 'Capabilities'-Ansatz (Sen)

²³ R. Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt, München 1994

als konsequentem Ansatz an Chancengerechtigkeit²⁴.

c) Und schließlich als neue konzeptionelle Entwicklung: Aufkommen eines Konzepts „Ökologische Gerechtigkeit“

Dabei sind sowohl die „intragenerative“ als auch die „intergenerative Gerechtigkeit“ zu den zentralen Leitbegriffen der Umweltethik aufgestiegen.

Die intragenerative Gerechtigkeit lässt sich weiter differenzieren in „Besitzstandsgerechtigkeit“ (Erhaltung von bereits bestehenden Nutzungsrechten), „Leistungsgerechtigkeit“ (Verteilung gemäß individueller Leistung) sowie „Bedürfnisgerechtigkeit“ (gleichmäßige Verteilung auf alle Menschen)²⁵. Im Zuge des Gender Mainstreaming als politischer Vorgabe gewinnt auch der Begriff der „Geschlechtergerechtigkeit“ zunehmend an Bedeutung. Dabei wird der – oft noch rein ökonomisch verstandene – Begriff der „Verteilungsgerechtigkeit“ tendenziell erheblich ausgeweitet, denn es geht im Kontext dieser verschiedenen Gerechtigkeitsbegriffe nicht mehr nur um den jeweils den Individuen oder sozialen Gruppen zustehenden Anteil an den Wachstumsgewinnen, sondern um das Erreichen ebenso humaner wie umweltschonender Formen der Lebensqualität, und um das friedliche Zusammenleben der Völker und (Sub-) Kulturen.

Noch substantieller ist die Ausweitung der ethischen Fragestellung, die mit dem Begriff der intergenerativen Gerechtigkeit verbunden ist, denn nun sind die Lebenschancen und Nutzungsrechte von zukünftig lebenden Generationen mit im Blickfeld zu behalten („Generationengerechtigkeit“).

Für Castells ist mit diesem Begriff sogar das "neue Pionierfeld der Ökologie" angesprochen²⁶. Als allgemeine Potenziale des Konzepts lassen sich benennen:

* Eine mögliche Überwindung der vermeintlichen Alternative zwischen (inkrementellem) Umweltschutz und (ganzheitlicher) „Tiefenökologie“ (s. o. zu den Trugbildern der Nachhaltigkeitskommunikation) zeichnet sich ab, wenn ökologische Belange von vornherein mit soziokulturellen Reformanstrengungen verknüpft werden.

* Eine Überwindung der Reduktion des Gerechtigkeitsbegriffes auf eine (materielle) ‚Güterethik‘ wird möglich, beispielsweise durch die Erneuerung einer (heute oft als "unmodern" geltenden) Tugendethik²⁷.

Das bedeutet: Die Frage „Wer kriegt wie viel?“ ist oft gar nicht mehr die zentrale Frage. Es geht um viel mehr, nämlich um eine erneute Verschiebung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft - gegen den vormodernen Traditionalismus und gleichzeitig gegen das moderne Modell der (reinen Erwerbs-) Arbeitsgesellschaft.

Bislang ist damit allerdings noch eine recht unsystematische Diskussion verbun-

²⁴ Da im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung auf die Notwendigkeit eines einschlägigen Paradigmenwechsels ausdrücklich Bezug genommen wird, handelt es sich dabei keineswegs nur mehr um eine 'rein theoretische' Diskussion.

²⁵ Stichwort: „Gerechtigkeit, ökologische“, in: U. E. Simonis, Hg., Öko-Lexikon, München 2003

²⁶ M. Castells: Die Macht der Identität. Das Informationszeitalter Band 2, Opladen 2003

²⁷ Vgl. z. B. O. Höffe: Moral als Preis der Moderne. Frankfurt/M. 1993; W. Schmid: Grundzüge einer ökologischen Lebenskunst, in: UBA (Hrsg.): Perspektiven für... a.a.O. (Anm. 7)

den. Dadurch wird verkannt, welche Potenziale diese Diskussion vor allem für eine verbesserte Nachhaltigkeitskommunikation haben könnte. Wesentlich könnte der Begriff der Ökologischen Gerechtigkeit vor allem für eine Neubewertung von sog. 'kollektiven Gütern' (öffentliche Sicherheit, städtische Lebensqualität, allgemeine Gesundheit) und eine Neufassung der Diskussion um das sog. 'Gemeinwohl' werden.

3.2 Die Dimensionen der ökologischen Gerechtigkeit im Kontext eines Paradigmenwandels von der Fürsorge zur Vorsorge

Pragmatisch lässt sich das Konzept Umweltgerechtigkeit/Ökologische Gerechtigkeit z. B. folgendermaßen einteilen:

- "Chancengerechtigkeit: gleiche Chancen/Risiken sozialer Gruppen/Regionen, Ziel einer Umweltveränderung zu werden, z. B. Standort für den Bau einer Müllverbrennungsanlage (MVA)
- Verteilungsgerechtigkeit: gleiche Vor-/Nachteile nach dem Umwelteingriff, z. B. Veränderung der Wohnqualität nach Bau der MVA
- Vorsorgegerechtigkeit: Vermeidung/Reduzierung von Umwelteingriffen, z. B. durch geringere Müllproduktion, was die MVA überflüssig macht
- Verfahrensgerechtigkeit: Gleichbehandlung verschiedener Beteiligter im Hinblick auf den Umwelteingriff, z. B. von Betroffenen, Betreibern und Behörden bei Klage auf Nichtbau der MVA"²⁸.

Allerdings ist diese Einteilung sehr anlassbezogen - eine (mehrdimensionale) Erweiterung (die sich mit der oben beschriebenen Problemlage der sozialen Dynamik 'hinter' den Nachhaltigkeitskoordinaten in Verbindung bringen lässt) scheint uns angemessener.

Dabei sind u. E. zwei Grundunterscheidungen wesentlich:

1) Gemäß der Basisdifferenz 'Gleichheit vs. Ungleichheit' kann die 'Umweltgerechtigkeit' bestimmt werden als Bevorzugung/Benachteiligung im Hinblick auf Umweltverbrauch und Belastung durch Umweltschäden. Im Hinblick auf Basisdifferenz 'Inklusion vs. Exklusion' kann dagegen u. E. von 'Neuen Wohlstandsmodellen' gesprochen werden: Diese hat dementsprechend mit Bevorzugung/Benachteiligung im Hinblick auf Chancennutzung, Sich-Einbringen können usw. zu tun...

Wobei zu beachten ist: Wir reden von 'Neuen Wohlstandsmodellen' (im Gegensatz zu einem im Öko-Diskurs verbreiteten Gebrauch) nicht nur bei ausdrücklich auf Umweltschonung ausgerichteten Wohlstandsmodellen – sondern neu sind heute bereits die soziokulturellen Bedingungen, wie die demografischen Veränderungen, die Polarisierung der Konsummuster usw., d. h. die von den Modernisierungsprozessen 'Rationalisierung' und 'Individualisierung' (s. o.) erzeugten

²⁸ W. Maschewsky: Umweltgerechtigkeit - Konzept, www.umweltgerechtigkeit.de (Zugriff 4.5.05)

sozialen und kulturellen Konstellationen.

2) Weiterhin ist zu beachten, ob es sich um individuelle Betrachtungsweisen (Wohlsandsbegriffe, Vorstellungen angemessener sozialer Differenzierung) handelt - oder ob eine kollektiv-partizipative, also auf 'kollektive Güter' und das 'Gemeinwohl' bezogene Betrachtungsweise ansteht.

Mit diesen beiden Grundunterscheidungen können die o. g. verschiedenen Gerechtigkeitsbegriffe in folgender systematischer Ordnung miteinander in Beziehung gesetzt werden:

Dimensionen der Gerechtigkeit	Individueller Wohlstand	Kollektiv-partizipativer (gesellschaftlicher) Wohlstand
UMWELT-GERECHTIGKEIT (Gleichheit/Ungleichheit bei Belastungs- und Nutzungsgraden)	VERTEILUNGS-GERECHTIGKEIT (Verfügungsgrad über Einkommen, Vermögen, Kaufkraft)	VORSORGE-GERECHTIGKEIT (Niveau der sozialen und ökologischen Risiken-Absicherung)
NEUE WOHLSTANDS-MODELLE (Inklusion/Exklusion bei Lebenschancen und Teilhabemöglichkeiten)	CHANCEN-GERECHTIGKEIT (‘Capabilities’ zur Mehrung des eigenen Wohlstands = eigene Selbstverwirklichungsmöglichkeiten + Reichtumsmehrungschancen)	VERFAHRENS-GERECHTIGKEIT (‘Capabilities’ des Sich-Einbringen-Könnens und der Mitarbeit bei der Schaffung und Bewahrung von kollektiven Gütern)

Erst an dieser Stelle, wenn die verschiedenen Dimensionen der Gerechtigkeit in einem systematischen Zusammenhang betrachtet werden, sollte nach unserer Meinung klar auf die Notwendigkeit der Ausrichtung am Nachhaltigkeitsleitbild bei diesen „Neuen Wohlstandsmodellen“ hingewiesen werden - und zwar im Sinne des oben besprochenen Bojen/Kompass-Modells. Also: Nachhaltigkeit nicht als (Suffizienz-)Forderung für eine speziell aus Öko-Sicht (und damit: in der Tat unrealistisch!) definierte 'Neuheit' des Wohlstands – das führt in die Verzichts- oder Askesediskussion...

Welche übrigens auch historisch fragwürdig ist: Die ursprüngliche Bedeutung von „Askese“ = „Übung“ meint Bedürfnisverfeinerungsabsicht, nicht einen weltanschaulich-quasireligiösem Verzicht.

...sondern: Orientierung am Konsistenzansatz (Eco-Design, Integrierte Produktpolitik, Nachhaltige Konsummuster, s. o.), d.h. Betonung des Umstandes, dass selbstzerstörerische Tendenzen zu vermeiden sind, welche sich bei zu großer Belastung des Naturhaushalts ergeben müssen.

Denn gerade aus dieser Sicht zeigt sich nun, wie sehr die Nachhaltigkeit wesentlich ist für eine nicht selbstzerstörerische Reformagenda: Der Paradigmenwechsel wird gebraucht, weil staatliche Umverteilungsmaßnahmen angesichts o. g. soziokultureller Entwicklungen nicht mehr akzeptiert werden...

Aber: Wenn die 'Leistungsgerechtigkeit' immer mehr rein marktmäßig definiert wird (ohne staatliche Korrekturen), dann folgt

* Entkulturalisierung (keine Mechanismen für die Sicherung von Vorsorge mehr), und

* Dekultivierung (weil Verfahrensgerechtigkeit als Gewährleistung kollektiv-partizipativer Formen von elementarer, also Anerkennung und Würde konstituierender Bedürfnisbefriedigung ausfällt).

Und genau an dieser Stelle kommen die eigentlichen Nachhaltigkeitsforderungen ins Spiel: Wiedergewinnung städtischer Lebensqualität statt dem (langfristig natürlich auch ökonomisch selbstzerstörerischen) Wettlauf um nur rein individuelle Vorteile (wie z. B. das ‚bevorzugte‘ Wohnen draußen im Grünen vor der Stadt im eigenen Häuschen...), Sicherheit für Kinder statt immer schnellere Autos, gesunde Produkte statt Discounter-Preiskriege usw. usw.

Hier liegen u. E. die zentralen Chancen einer um die Gerechtigkeitsthematik erweiterten Nachhaltigkeitskommunikation.

3.3 Neue Herausforderungen und Aufgaben für die Umweltkommunikation

In der Öko-Diskussion wurde immer wieder die „Subpolitik“ (U. Beck) als Abhilfe heutiger staatlicher (Gestaltungs- und Legitimations-)Schwächen empfohlen – aber: kann wirklich durch Greenpeace & Co eine „Neuerfindung der Politik“ (ders.) vorangebracht werden...? Etwa als „Basisdemokratie“ usw.?

Seit solche aus den 70er Jahren stammenden Utopien verraucht sind, hat sich ausgebreitet, was man als ‚Parapolitik‘ bezeichnen könnte, nämlich das Downsizing und Downcycling von Utopien gemäß folgender Stufen:

Visionen/Leitbilder(konkretisierungen)/Szenarien/Instrumente/Maßnahmen (+ Indikatoren)

Die praktische Folge ist dann in der Regel die bekannte Kakophonie der tagespolitischen Aufgeregtheiten... Denn ist der Diskurszirkel erst mal unten angekommen, stellt sich sofort die Umsetzungsfrage, und dann die Akzeptanzfrage.... In deren Gefolge geht's dann in Gegenrichtung wieder aufwärts... usw.

Stattdessen sind u. E. systematische Verankerungsstrategien des Nachhaltigkeitsleitbildes nötig. Als zurzeit zentrale Aufgabenstellungen sehen wir dabei:

* Entwicklung einer Kultur der Nachhaltigkeit als integratives Denken

Dass das ökologische Denken eine große Herausforderung für den traditionell-modernen Wissenschafts- (und Kultur-)Betrieb beinhaltet, ist eine Tatsache, die von großer Wichtigkeit war für die allgemeine Ausbreitung des Umweltbewusstseins in den 70er und 80er Jahren. Inzwischen sind diese Aspekte des öko-

logischen Diskurses sehr stark in den Hintergrund getreten - zum Schaden der Nachhaltigkeits-, aber inzwischen sogar auch der allgemeinen (und weniger anspruchsvollen) Umweltkommunikation. Hier ergibt sich zunächst die Aufgabe, stetig an die Notwendigkeit des "vernetzten Denkens" (F.Vester) zu erinnern.

Darüber hinaus: Ein wichtiger Grund für die oben beschriebene mangelnde Ausstrahlung des Nachhaltigkeitsleitbildes kann u. a. darin gesehen werden, dass die vom Nachhaltigkeitsleitbild dringend geforderte Inter- und Transdisziplinarität von Diskursen noch nicht weit fortgeschritten ist. Es ist zu hoffen, dass im Rahmen des "Aktionsplanes für die Bildung für nachhaltige Entwicklung", welcher zurzeit durch das von der Deutschen UNESCO-Kommission dazu eingesetzte Nationalkomitee vorgebracht wird, diese Situation aufgegriffen und systematisch bearbeitet werden wird.

Sonst gehen auch die Chancen verloren, die mit der Umweltkommunikation als besonderem Instrument der Umweltpolitik verbunden sind. Landläufig gilt die Umweltkommunikation ja als ein "weiches" - heute auch gelegentlich "sanft" genanntes - Instrument der Umweltpolitik. Als härter gelten allgemein einerseits das Ordnungsrecht und andererseits die umweltpolitisch motivierte Veränderung und Gestaltung von ökonomischen Anreizen. Aber dabei sollte dann doch nicht vergessen werden, dass auch diese Instrumente nur wirksam eingesetzt werden, wenn sie auf einem entsprechenden Verständnis der Bevölkerung aufbauen können. Wenn diese fehlt, ist mit einem Akzeptanzverlust der konkreten Umweltpolitik ganz allgemein zu rechnen – oder gar mit einem erneuten Abkoppeln von Ökologie und Ökonomie, Umweltschutz und Entwicklungspolitik usw.

* Wissenstransfer für nachhaltige Lebensstile

Die – auch für die Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands angekündigte - Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster als neuer umweltpolitischer Schwerpunkt (vorgesehen für den ‚Fortschrittsbericht 2006‘, s. o.) bedarf der Konkretisierung von bedürfnisfeldbezogenen Leitbildern. Es muss klar gemacht werden, dass (umwethisch motivierte und dem Gedanken der ökologischen Gerechtigkeit verpflichtete) Nachhaltigkeitsorientierungen heute bereits in den konkreten ‚Bedürfnisfeldern‘ wie Mobilität, Ernährung, Bauen und Wohnen, Umgang mit Energie im Haushalt, Gesundheitsverhalten usw. erstens machbar sind und zweitens keinen Verlust an Lebensqualität bedeuten (müssen), sondern im Gegenteil die Chance auf sinnerfüllte Formen der Alltagsgestaltung eröffnen – im Sinne eines neuen zwischenmenschlichen Miteinanders der Zukunftssicherung.

Dazu gibt es heute bereits eine längst nicht mehr überschaubare Unmenge an Materialien, Initiativen und Aktionen. Die dabei entstandene gewaltige Zersplitterung hat zu einem bunten Nebeneinander innerhalb der einschlägigen ‚Szene‘ geführt, die längst als einer der Hauptursachen für den Mangel an Ausstrahlung dieser Orientierungen in die soziokulturellen Mainstreams der Gesellschaft identifiziert werden kann. Eine verhängnisvolle Folge davon ist auch der heute

längst zum öffentlichen Klischee geronnene Dilettantismus der einschlägig Wohl- und Gutmeinenden.

Im o. g. Aktionsplan zur Bildung für nachhaltige Entwicklung sollten auch diese Problembereiche aufgegriffen und weiterentwickelt werden – bis hin zur Anregung und Konzipierung von Public Private Partnership-Kampagnen in den einzelnen Handlungsfeldern -, denn die ‚pädagogischen‘ Wirkungen der in solchen Kontexten möglichen Arten von ‚informellem Lernen‘ gehen weit über die einschlägigen Möglichkeiten des Bildungsbereiches im engeren Verständnis hinaus.

* Aktivierung zivilgesellschaftlicher Potenziale

Die inzwischen oft kritisierte, aber in Deutschland immer noch sehr wirksame Einschränkung und Verengung des Bildungsbegriffes auf die Sozialisation des Nachwuchses kann als eine wichtige Ursache dafür angesehen werden, dass die Thematik der 'Bildung für nachhaltige Entwicklung' im Kontext der (Fortschreibung der) nationalen Nachhaltigkeitsstrategie so besonders schwer zu fallen scheint. Es kann aber nicht nur um die Bildung für nachhaltige Entwicklung gehen (im Sinne einschlägiger pädagogischer Maßnahmen), ebenso wichtig ist die Bildung von Nachhaltigkeit, womit die Herausbildung einschlägiger ('kognitiver' wie auch 'ethischer') Orientierungen zu verstehen ist.

In dem Abschnitt "Kultur der Nachhaltigkeit entwickeln" ist diese Thematik bereits in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen worden, allerdings in einem starken Bezug auf den institutionalisierten ("Hoch"-)Kultur- (und Kunst-) Betrieb, und in sehr verkürzter Weise, nämlich ohne hinreichende Bezüge zur Alltagskultur (z. B. den herrschenden Konsummustern) oder der Soziokultur (= die vielfältige Landschaft von Initiativen, Aktionen und Institutionen, z. B. angesiedelt in sog. 'Soziokulturellen Zentren', welche projektorientierte, oft auch sozialpädagogisch vorbildliche kulturelle Angebote auf die Beine stellen).

Alles das kann aber nur in Gestalt des zivilgesellschaftlichen Engagements vorgebracht werden - denn die Steuerungsinstanzen Staat und Markt stoßen hier an ihre Grenzen. Folglich: Nur in Kooperation mit einschlägig orientierten Gruppen und Initiativen aus Kirchen, Gewerkschaften, aber auch den ökologisch aufgeschlossenen Teilen von Industrie und Handel kann die Nachhaltigkeit zur Grundlage des Handelns breiter gesellschaftlicher Kreise werden. Daher haben BMU und UBA z. B. den o. g. nationalen Verständigungsprozess zur Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster initiiert, der den Aufbau einer breiten Akteurskooperation vorsieht.

Dabei können Nachhaltige Konsummuster (und Lebensstile) als 'Entkoppelung' von Ressourcenverbrauch/Umweltbelastung einerseits sowie Lebensqualität/Wohlstandssicherung andererseits auf der Ebene des privaten Verbrauchs gesehen werden - was wiederum die Aufgabe einer einschlägig ausgerichteten Umweltaufklärung, -beratung und -bildung voraussetzt, die ebenfalls nur im Kontext breiter gesellschaftlicher Bündnisse möglich sein wird. Vor allem die

oben bereits angesprochene grundsätzlich veränderte 'Wert-Schätzung' der sog. 'kollektiven Güter' ist nur im Rahmen breiter Verständigungs- (resp. Vertrauensbildungs-) Prozesse denkbar.

Alle diese Aufgabenstellungen lassen sich mit Sicherheit nicht nach dem Muster vorgefertigter Schemata 'abarbeiten' - aber die Diskussion über ihre Machbarkeit sollte zum Kern der Nachhaltigkeitskommunikation gehören.

3.4 Neue Herausforderungen und Aufgaben für die Nachhaltigkeitsforschung

Am 12.5.2005 fand in Berlin ein Workshop zum Thema: „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit als neues Thema der Nachhaltigkeitsforschung“ statt, der vom UBA gemeinsam mit dem WI (Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie) veranstaltet wurde. Wie oben bereits erwähnt (Anm. 5), wurde in den UFOPLAN 2005 ein spezielles Vorhaben mit dem Titel „Weiterentwicklung der konzeptionellen Überlegungen zur Ökologischen Gerechtigkeit als Teil der Sozialberichterstattung in Deutschland...“ eingebracht. Mit diesem Vorhaben sollen Vorschläge entwickelt werden, wie die heute noch bestehende Lücke zwischen Sozial- und Umweltberichterstattung (mittelfristig) überbrückt werden könnte, und welche konzeptionellen Neuentwicklungen nötig wären, um vor allem auch die Chancen einer ökologisch-nachhaltigen Ausrichtung von Konsum- und Produktionsmustern im öffentlichen Berichtswesen adäquat abzubilden.

Der o. g. ("Vorbereitungs-")Workshop am 12.5.05 sollte gewissermaßen einen Schritt vorher ansetzen. Er diene der Klärung, welche einschlägigen Konzepte, Projekte und Ergebnisse für solch umfassende (und ggf. innovative) Fragestellungen überhaupt relevant (und sozusagen in der einschlägigen Wissenschaftsszene ‚auf dem Markt‘) sind. Die Kooperation mit dem WI bot sich dabei vor allem deswegen an, weil dieses zurzeit ein Forschungsnetzwerk „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit“ aufbaut.

Der Zusammenhang von Wohlfahrtsentwicklung und Nachhaltigkeit ist bisher nämlich kaum untersucht worden. Daher sollten im Workshop einschlägig ausgewiesene Forscher und Forscherinnen aus unterschiedlichen disziplinären Kontexten folgende Fragen diskutieren:

1. Wie wird aus dem jeweiligen fachlichen Kontext der Diskussionsstand zum Zusammenhang von Sozialstaatsumbau und nachhaltiger Entwicklung beurteilt? Wie können die heute noch bestehenden erheblichen Defizite im Hinblick auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Nachhaltigkeits- und Sozialpolitik verbessert werden?
2. Wie kann eine Fokussierung des Themenzuschnitts vorgenommen werden? Wo liegt der primäre Forschungsbedarf? Was bedeutet der heute vorangetriebene Umbau des Wohlfahrtsstaates und der dabei propagierte Wandel vom Leistungs- zum Gewährleistungsstaat, von der Fürsorgeorientierung zur Chancengerechtigkeit (s. o.) aus sozialwissenschaftlicher Sicht?

3. Welche Schritte sind zu unternehmen, um ggf. ein Forschungsnetzwerk „Wohlfahrt und Nachhaltigkeit“ vorzubereiten?

Denn: Der Nachhaltigkeitsdiskurs und der Wohlfahrtsdiskurs stehen bislang weit gehend unverbunden nebeneinander, obwohl in beiden Diskursen die Frage von Begrenzungen in Konsum und Produktion eine wesentliche Rolle spielt. Insofern besteht eine zentrale, noch kaum in Angriff genommene Forschungsaufgabe in der Klärung der Zusammenhänge beispielsweise zwischen dem "Fort-schrittsbericht 2004" und dem "Armut- und Reichtumsbericht 2004". Denn generell ist eine stärkere Verknüpfung von Sozial- und Umweltberichterstattung nötig. Das gilt besonders im Hinblick auf die Frage, ob auch kollektive Güter als Wohlstandsanteile (an)erkannt werden (s. o.).

In dem Workshop wurden folgende Fragen, gegliedert in vier grundlegende Themenblöcke, diskutiert²⁹:

Schwerpunkt 1:

Nachhaltigkeitsaspekte im Wohlfahrtsdiskurs; Wohlfahrtsaspekte im Nachhaltigkeitsdiskurs. Wesentliche Argumente und Ergebnisse:

Die praktische Sozialpolitik ist heute in einem Umbruch, der vor allem von neuen wirtschaftlichen Bedingungen diktiert wird. Der demografische Wandel, niedrige Wachstumsraten, hohe Dauerarbeitslosigkeit, sich polarisierende Konsummuster (s. o.) sind die bekannten Umstände, die grundlegende Reformen des Sozialstaates erzwingen. Diese aktuellen Entwicklungen vermengen sich auf eine bisher noch kaum geklärte Weise mit übergreifenden Trends innerhalb der Gesellschaftspolitik und der Sozialberichterstattung.

Denn auch die Forschung zur Lebensqualität und Zufriedenheit sieht sich bereits seit den 70er Jahren einer neuen Frage ausgesetzt: Warum werden die Menschen mit zunehmendem Wohlstand nicht glücklicher? Internationale Surveys zeigen, dass zwar noch immer die Wohlstandsmehrung/Einkommenssteigerung für die meisten Menschen die primäre Motivations- (und Bewertungs-)Basis darzustellen scheint (zumindest in der Selbstwahrnehmung der dazu Befragten), dass es aber offenbar eine Art "Grenznutzen" bei der damit zu erreichenden Zufriedenheit gibt, so dass auch die "Gewinner" bei den aktuellen Entwicklungen eher ambivalente Einstellungen dazu entwickeln.

Obwohl dieser der Lebensqualitätsforschung sozusagen durch ihren Gegenstand aufgezwungene Perspektivenwechsel eigentlich als ein guter Anknüpfungspunkt für Nachhaltigkeitsorientierungen angesehen werden könnte, erwies sich das Thema des fehlenden Zusammenhangs zwischen den beiden Diskurskontexten

²⁹ Die folgenden Bemerkungen sind eine erste (und insofern teilweise 'subjektive') Auswertung aus der Perspektive der - beim Fachgespräch beteiligten - Autoren des vorliegenden 'Problemaufriss'. Bis zum Sommer d. J. wird eine systematische Auswertung des WI vorliegen, in dem v. a. der relevante Forschungsbedarf dargestellt werden soll.

als noch weit dominanter als in der Vorbereitung schon vermutet und zog sich auch durch die anderen Schwerpunkte auf prägende Weise durch.

Von Seiten der Lebensqualitäts- und Zufriedenheitsforschung (also der 'klassischen' Sozialberichterstattung) aus wurde diesbezüglich betont, dass zunächst die (möglichen) Zielkonflikte zwischen Lebensqualität und Nachhaltigkeit zu klären seien. Man wolle sich auch keinesfalls durch die Umweltpolitik funktionalisieren lassen.

Das bedeutet allerdings nach unserem Eindruck nicht, dass das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung noch gar keine Rolle im Rahmen der Sozialberichterstattung/Sozialindikatorenbewegung usw. spielen würde - dieses Konzept scheint aber insgesamt noch sehr stark der Umweltpolitik im engeren Sinne zugehörig aufgefasst zu werden. Noch nicht wirklich verbreitet hat sich anscheinend die in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands - s. o. - schon enthaltene Version, der gemäß die Lebensqualität als eine der grundlegenden "Koordinaten" des Nachhaltigkeitskonzeptes selber eingesetzt wird, ohne es dabei irgendwie auf eine 'soziale Säule' von Nachhaltigkeit oder dgl. zu reduzieren.

Die in der Nachhaltigkeits- und Umweltpolitik verankerten Teilnehmer waren sich einig, dass in diesem Bereich - und in der Umweltpolitik ganz generell - keine Fortschritte zu erzielen sind, wenn die (Notwendigkeit der) Wohlfahrtsreformpolitik (weiterhin) nicht beachtet wird.

Bislang sei diese im Kontext des Nachhaltigkeitsdiskurses allerdings eher ein "Gespenst", das "nie angesprochen" werde, aber "ständig da" sei, wie der Vertreter einer einschlägigen Regierungsberatungsinstitution es ausdrückte...

Die Möglichkeiten eines koordinierten und kooperativen Vorgehens zeichneten sich entlang zweier Argumentationslinien ab: Erstens kann die Lebensqualitätsbewegung (aus den 70er Jahren) als eine Art Vorläufer der später entstandenen Neuen Sozialen Bewegungen (darunter die Umweltbewegung) verstanden werden - denn es geht bei beiden Diskursen im Kern darum, ein positives Leitbild in den Mittelpunkt der Reformbestrebungen zu stellen. Zweitens gibt es auf EU-Ebene Bestrebungen, ein europäisches Indikatorensystem für die Lebensqualitätsforschung zu entwickeln, in dem die Nachhaltigkeit (definiert als "Kapitalerhaltung", und zwar im Hinblick auf Human-, Sozial- und Naturkapital) berücksichtigt werden soll.

Schwerpunkt 2:

Der Umbau der Sozialsysteme in Deutschland (Stand und Perspektiven). Wesentliche Argumente und Ergebnisse:

Von einzelnen Teilnehmern wurde die Notwendigkeit der aktuellen Sozialreformen grundsätzlich in Frage gestellt und dafür ein konsequenterer Ausbau des Wohlfahrtsstaates (z.B. durch eine allgemeine Bürgerversicherung) verlangt. Ebenfalls sehr kritisch angemerkt wurde, dass zunehmend die Kritik der Ökonomie immer mehr mit ökonomischen Argumentationsfiguren arbeitet (vgl. oben z. B.: "Grenznutzen der Zufriedenheit") - und somit die Gefahr bestehen könnte, dass hier durch die öffentlichen (und massenmediale) Thematisierungs-

formen eigentümliche Eigen- (oder gar Pseudo-)Welten aufgebaut werden, die sich zunehmend von der lebensweltlichen Wirklichkeit der Menschen entfernen - während sie diese freilich durch die Setzung von 'Rahmenbedingungen' (kein 'Verlierer' sein dürfen) massiv beeinflussen...

Es wurde weiterhin betont, dass es einen "Grundkonsens" im Hinblick darauf gebe, dass sowohl Nachhaltigkeit als auch Wohlfahrt als politische "Gestaltungsaufgaben" zu sehen seien. Neu daran ist, dass offenkundig keinerlei Vertrauen mehr herrscht in die bloße Wohlstands- (gleich Einkommens-)Steigerung als ein Mechanismus, der den Fortschritt auch in den 'qualitativen' Aspekten des Lebens (öffentliche Sicherheit, soziale Integration, Zukunftsfähigkeit) garantieren könnte. Es fehlen aber Konzepte (und Erfahrungen) im Hinblick auf Fragen wie:

* Wer gestaltet? - d. h.: Wie ist (unter den heutigen soziokulturellen Bedingungen) die politische Gestaltungsfähigkeit der relevanten Akteure (Staat, Unternehmen, Verbände) einzuschätzen?

* Für wen und mit wem wird gestaltet? Mit welchen Folgen? - Es gibt hier bislang keine befriedigende Bestimmung von Anrechten und Verpflichtungen, und hieraus entsteht eine zunehmende politische Brisanz, da die Mittelschichten im aktuellen Diskurs um Wohlfahrt nun auch erleben müssen, wie Anrechte und Verpflichtungen neu ausgehandelt und verteilt werden.

* Was sind die Gestaltungsmedien (Geld, Recht, gute Worte, d. h. Bildungs- und Überzeugungsarbeit)? - und wie ist ihr jeweiliges Funktionieren (Stärken und Grenzen) einzuschätzen?

Grundsätzlich gilt: In einer Situation des (öffentlich immer deutlicher werdenden) "prekären Wohlstands" muss auch die "öffentliche Daseinsvorsorge" eine neue politische (und soziokulturelle) Verankerung suchen, zumal neben 'Staat' und 'Markt' die Organisationsformen der 'Zivilgesellschaft' (z. B. in Form von 'Nichtregierungsorganisationen') immer mehr de facto politische Gestaltungsfunktionen übernehmen (z. B. durch öffentliche Themensetzung). Dadurch erhöht sich die Komplexität und Unvorhersagbarkeit der politischen Prozesse erheblich.

Schwerpunkt 3:

Zusammenhang von Wohlfahrt und Nachhaltigkeit auf der Ebene der Lebensführung. Wesentliche Argumente und Ergebnisse:

Es bestand ein weitgehender Konsens bezüglich der Einschätzung, dass der heute um sich greifende "Konsumismus", besonders in den Formen von Billigkonsum ('Fast Food' und dgl.), als ein Zeichen von "Deprivation" (= kulturelle Verelendung) gesehen werden müsse. In der Zufriedenheitsforschung zeigt sich auch, dass er keineswegs zu positiven Resultaten führt, sondern meist eher sogar noch die Selbsteinschätzung der ökonomisch 'schwächeren' sozialen Milieus sozusagen herunterdrückt.

Allerdings kann davon bis heute die Nachhaltigkeitspolitik nicht profitieren. Deren gesellschaftliche Resonanz wird in der breiten Bevölkerung eher geringer. Auch in der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Forschung gibt es keine Fortschritte. So ist die Umweltthematik beispielsweise in der Psychologie immer noch Randthema - und die Diskussion dort ist noch immer von der angeblichen "Kluft" zwischen Wissen und Verhalten bestimmt, und das, obwohl inzwischen vielfach belegt werden konnte, dass ganz generell das Wissen nur eine sehr geringe - wenn überhaupt eine - motivationale Wirkung zu entfalten vermag.

Andererseits ist die Wohlfahrt noch gar kein Thema für die Psychologie. Allerdings gibt es einige bislang viel thematisierte "indirekte Konzepte" wie z.B. die Forschung zur (Arbeits-)Zufriedenheit, die sich als relevant erweisen könnten.

Generell scheint es so zu sein, dass es in den Sozialwissenschaften einen gewissen 'Bruch' gibt zwischen der Makro-Ebene (auf der Begriffe wie 'Wohlfahrt' und 'Nachhaltigkeit' im Allgemeinen angesiedelt werden) und der Mikro (= Verhaltens-) Ebene, auf der weiterhin (eher 'traditionell' orientierte) Konzepte (wie z.B. o. g. 'Kluft') die Forschung bestimmen. Damit stehen aber noch kaum Instrumente und Methoden zur Verfügung, mittels derer die Auswirkungen der aktuellen Sozialstaatsreformen auf das umweltbezogene Handeln wissenschaftlich erfasst und analysiert werden könnten.

Schwerpunkt 4:

Milieuspezifische Wohlfahrtsvorstellungen und Praxisformen, Begriff der ökologischen Gerechtigkeit. Wesentliche Argumente und Ergebnisse:

Wird von den heute in den Sozialwissenschaften viel verwendeten Modellen sozialer Milieus (z. B. SINUS-Institut oder Forschungsgruppe Uni Hannover) ausgegangen, dann lassen sich daraus Rückschlüsse ziehen, wie aus den in den verschiedenen Modellen erfassten Wertvorstellungen der Bevölkerung milieuspezifisch unterschiedliche Wohlfahrtsvorstellungen folgen könnten. Systematische Forschung gibt es dazu allerdings noch nicht. Außerdem lässt sich fragen, als wie stabil die Milieumodelle selber einzuschätzen sind: denn wesentliche Änderungen in den Bedingungen der Produktion und Reproduktion sozialer Wohlfahrt könnten in massiven Verschiebungen innerhalb der durch die Milieus abgebildeten sozialen und soziokulturellen Strukturen resultieren.

Ebenso wenig verlässliches Wissen - und systematische Forschung - ist vorhanden im Hinblick auf Fragen wie die, welche Wirkungen beispielsweise die heute von großen Teilen der Wirtschaft vorangetriebenen Bemühungen zum Aufbau einer 'Corporate Social Responsibility' haben. Was bedeuten solche Konzepte für die Wirtschaft: eine echte Weiterentwicklung von Umweltethik(en) oder einfach nur eine Art von 'Image-Marketing'? Wie wirken sie auf die Nachfrage in den Märkten? Ein - offenbar zunehmend erfolgreicher - Teil der Werbung heute versucht jedenfalls mit einem aggressiven Egoismus ("Ich bin ja nicht blöd") den Absatz zu stimulieren.

In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass bei der Analyse solcher Fragen vor allem auch die real wirksamen Zeit- und Zukunftsperspektiven bei den Akteuren zu berücksichtigen sind. Die regelmäßigen BMU/UBA-Repräsentativumfragen zum Umweltbewusstsein in Deutschland zeigen beispielsweise (s. o.), dass heute allgemein sehr wenig Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der herrschenden gesellschaftlichen und kulturellen Trends vorhanden ist, was auf die in der Bevölkerung verbreiteten Vorstellungen von Gerechtigkeit mit Sicherheit abfärben wird.

Abschlussdiskussion:

Dass zwischen den heute intensiv diskutierten Konzepten und Vorstellungen von 'sozialer Gerechtigkeit' und Begriffen wie "umweltgerecht handeln" oder auch "zukunftsgerichte Politik" noch immer eine beträchtliche Kluft besteht, war allgemeiner Konsens. Erst sehr langsam setzt sich ein Bewusstsein dafür durch, dass hier von der Sache her (eigentlich) sehr enge Beziehungen bestehen: Typisch ist dafür etwa die Problematik der (weiteren) Ausbreitung des Strebens nach dem Einfamilienhaus im Grünen draußen vor der Stadt, welche - da Zersiedelung der Städte, Flächenversiegelung, steigendes Verkehrsaufkommen usw. verursachend - gleichzeitig als Minderung von allgemeiner Lebensqualität und Verfehlen von Nachhaltigkeit gesehen werden kann.

Eine im Prinzip ebenso enge Verbindung, die allerdings ebenfalls noch kaum wissenschaftlich (und kommunikativ) erschlossen ist, besteht zwischen den Themenstellungen Umwelt und Gesundheit. Hier könnten sogar besonders gute Anknüpfungspunkte vorliegen für die Entwicklung von 'integrativen' Konzepten der ökologischen Gerechtigkeit, da Gesundheitsfragen sowohl in der Umwelt- (und Nachhaltigkeits-) Kommunikation als auch in der Lebensqualitäts- und Zufriedenheitsforschung einen prominenten Stellenwert einnehmen.

Im Hinblick auf die im Anschluss an den Workshop vom 12.5.05 weiter zu verfolgenden Aktivitäten der Netzwerkbildung von einschlägig interessierten Forscherinnen und Forschern und die Planung von Forschungstätigkeiten in dem Bereich sollen daher die o. g. Verknüpfungsaufgaben eine besondere Berücksichtigung finden.

Allerdings ist in dem Workshop auch klar geworden, dass die Verbesserung der Kooperation zwischen Nachhaltigkeitsstrategie und Sozialpolitik zunächst voraussetzt, dass die Sozialberichterstattung (inkl. Sozialindikatorenbewegung) und die Umweltkommunikation sich konzeptionell einander annähern. Das bedeutet einerseits die Notwendigkeit kleiner Schritte (z. B. die Darstellung der Wechselwirkungen zwischen diesen Politikbereichen in den Fortschrittsberichten zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie), kann andererseits aber auch größere Innovationen umfassen (z. B. die Einrichtung eines neu gestalteten Surveys zur Entwicklung der Lebensqualität auf Basis der Vorgaben der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, und zwar nicht als Erweiterung der heute schon teilweise unübersichtlichen Sozialberichterstattung, sondern im Sinne einer Fokussierung.)